Ausgabe März 2020

Liebe Mitglieder und Interessenten,

im politischen Jahreskalender Südafrikas spielen die Rede zur Lage der Nation ("State of the Nation Address - SONA)" anlässlich der Parlamentseröffnung und die kurz danach folgende Haushaltsrede ("Budget Speech") des Finanzministers eine überaus wichtige Rolle. Nicht nur die südafrikanischen Politiker*innen und Bürger*innen warten auf die jeweiligen richtungsweisenden Ankündigungen der Regierung, sondern auch die internationalen Investoren und Banken sowie - zunehmend wichtig die einflussreichen "rating agencies", von deren Einschätzung die Kreditwürdigkeit des Landes abhängt. Nachdem alle anderen Agenturen Südafrikas Anleihen schon in die "Ramsch-Kategorie" eingestuft haben, hängt nun alles von "Moody's" ab, deren Entscheidung am 27.3.2020 erwartet wird. Würde sie dem Vorbild der anderen Agenturen folgen, wäre die finanzielle Lage des Staates, aber auch der Industrie noch prekärer, weil die Zinskosten unweigerlich steigen und bedeutende Finanzinvestitionen fast zwangsläufig abfließen müssten. Die folgende von unserem Geschäftsführer Klaus Brückner er-

Die folgende von unserem Geschäftsführer Klaus Brückner erstellte Zusammenfassung mit kommentierten Verbindungen der beiden Reden verdeutlicht, dass Präsident Cyril Ramaphosa einige wichtige konkrete Maßnahmen mit dem (Fern-?) Ziel der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (vor allem im Blick auf die Energieversorgung) angekündigt hat.

Überrascht hat vor allem, dass Finanzminister Tito Mboweni nicht. wie vielfach erwartet, an der Steuerschraube gedreht, sondern stattdessen eine drastische Reduzierung der Personalkosten in den Haushalten der öffentlichen Hand vorgesehen hat. Das wird unweigerlich zu massiven Konflikten mit dem immer noch aktiven Zuma-Flügel des ANC und den Gewerkschaften führen. Letztere sind Partner in der sog. "tripartite alliance", von der die Regierung getragen wird. Sie sehen: Für alle, die mit Südafrika in der einen oder anderen Weise enger verbunden sind, bleibt es spannend und deshalb lohnend, die Analyse zu lesen.

Erlauben Sie mir in Verbindung damit zwei Bitten:

- Wir möchten Sie nicht nur mit Informationen füttern, sondern freuen uns über Ihre Einschätzungen der Lage in Südafrika, denn das Forum soll ja nicht nur vom Vorstand und einigen wenigen aktiven Mitgliedern getragen werden.
- Wir möchten weiterhin ein interessantes und vielfältiges Veranstaltungsangebot anbieten, was aber ohne eine breitere Mitgliederbasis nicht möglich sein wird. Deshalb lade ich Sie an dieser Stelle noch einmal herzlich ein zu überlegen, ob Sie uns nicht auch als Mitglied unterstützen wollen.

Herzlich Ihr Hans-Werner Bussmann



Deutsch-Südafrikanisches-Forum e.V.

Kontakt:

info@desafor.de

Adresse:

DeSaFor c/o H.W. Bussmann Gutzmannstr. 17 14165 Berlin

Vorstand:

Hans-Werner Bussmann (Vorsitzender) Peter Senft (Stellv. Vorsitzender) Rita Brückner (Schatzmeisterin) Peter Conze Caroline Stiebler Dr. Matthias Witt

Geschäftsführer Klaus Brückner

In eigener Sache: DeSaFor demnächst im World Wide Web

In den nächsten Tagen werden wir mit unserer Website online gehen – dann werden wir noch aktueller und informativer sein können. Vielleicht auch mit Ihrer Unterstützung? Das würde uns freuen!

Ab 15.3.2020 finden Sie uns unter www.desafor.de

Die Rede zur Lage der Nation und der Haushalt 2020/2021

Es ist ein jährlich wiederkehrendes Ritual mit zwei Höhepunkten: Die "Rede zur Lage der Nation" – "State of the Nation Address' oder kurz:

SONA des südafrikanischen Präsidenten vor dem Parlament in Kapstadt und vor zahlreichen prominenten und geladenen Gästen und -

hier die links zu den englischen Originalfassungen State of the Nation Address und Budget Speech und zu deutschen Arbeitsübersetzungen, die Sie (durch Anklicken des Symbols öffnen können: PDF

Für die interessierten Leser der Dokumente:

SONA 13. Feb 2020 - D.pdf

Budget Speech 26022020_D.pdf

zwei Wochen danach - die "Rede zum Haushalt" - ,Budget Speech' des Finanzministers.

So war auch in diesem Jahr der Monat Februar im politischen Südafrika von diesen beiden Ereignissen geprägt. Für Cyril Ramaphosa war es zugleich ein Monat mit zwei weiteren Höhepunkten: Wenige Tage vor seiner dritten SONA seit seinem Amtsantritt vor nahezu genau zwei Jahren wurde er beim Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Afrikanischen Union für 2020 zu deren Vorsitzenden gewählt. Und wiederum wenige Tage davor hatte er Bundeskanzlerin Angela Merkel zu Gast, die - so der Südafrikanische Botschafter in Berlin, P. Stone Sizani - "Licht auf Südafrika" habe scheinen lassen (siehe auch den Kurzbericht in diesem Newsletter) Was er meint, ist klar: Südafrika kommt zurück auf die kontinentale Bühne Afrikas und wird als Mitglied der G 20 und - gemeinsam mit Deutschland nichtständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates auch auf der internationalen Bühne wieder wahrgenommen.

Diese "guten Momente" für Präsident Cyril Ramaphosa stehen aber in einem starken Kontrast zu den Herausforderungen, denen er und seine

Regierung sich im eigenen Land gegenübersehen.

Es ist ein dreiviertel Jahr her, dass der ANC bei den Wahlen im Mai 2019 mit 57,5 % der Stimmen "noch einmal davongekommen" ist und mit

> absoluter Mehrheit regieren kann (vgl. DeSaFor-Newsletter 06/19). Und es ist etwas mehr als drei Monate her, dass Tito Mboweni am 30. Oktober 2019 die

Vorstellung der mittelfristigen Finanzplanung mit den Worten einleitete: "Die Regierung schlägt einen Weg vor, die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen wiederherzustellen. Dies wird vor allem mit Ausgabenkürzungen verbunden sein, von einige wahrscheinlich schmerzhaft sein werden." (vgl. DeSaFor-Newsletter 11/2019).

Nach den vor wenigen Tagen dem Parlament in Kapstadt vorgestellten Plänen des Präsidenten und des Finanzministers stellt sich einmal mehr die Frage, ob die großen Hoffnungen an die Ablösung von Jakob Zuma durch Cyril Ramaphosa berechtigt sind oder ob nicht doch Ernüchterung oder gar Pessimismus eine realistischere Bewertung der bisherigen Entwicklung dieser erneuten Konsolidierungsanstrengungen Südafrikas sind.

DeSaFor wird in den nächsten Wochen in verschiedenen Veranstaltungen und Gesprächskreisen auch mit südafrikanischen Freunden und Experten Gelegenheiten zum Austausch über die Entwicklung in Südafrika bieten (s. Veranstaltungshinweise). Dazu wollen wir Ihnen als interessierte Leserinnen und Leser unseres Newsletters mit der folgenden Zusammenstellung und mit kommentierten Verbindungen zwischen Ausgabe März 2020

der SONA und dem Budget-Speech einen Einblick und Grundlagen für Ihre eigene Einschätzung geben.

"We are all in this together" - die Beschwörung der Einheit der Nation

Beide – Präsident und Finanzminister verfolgen seit den Wahlen im letzten Jahr eine "Strategie der Offenheit". Sie vermitteln der Bevölkerung den Ernst der Situation und machen sie mit dem Gedanken vertraut, dass es in vielen Bereichen zunächst noch schlimmer werden wird, bevor die Bemühungen um Verbesserungen Wirkung zeigen. Die Strecke dorthin, so die wohl realistische Einschätzung, sei lang und beschwerlich. Sie könne nur mit Zuversicht, Anstrengung und Einsicht aller Südafrikaner*innen erfolgreich bewältigt werden.

Der Präsident bemüht sich, die Einsicht der Südafrikaner und die Mitwirkung vieler entscheidender Kräfte in der Gesellschaft zu gewinnen. Er versucht, mit Initiativen und Programmen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich die Schlagzahl vorzugeben. Der Finanzminister unterstützt dies erkennbar, und verdeutlicht, was aus Sicht der Fiskal- und Geldpolitik notwendig und was davon realistisch machbar ist. Und er zeigt damit zugleich die engen Grenzen des Möglichen auf.

Beobachter und Analysten allerdings hinterfragen, ob die Initiativen des Präsidenten und die Ankündigungen des Finanzministers auch von harten Einschnitten durchsetzbar sind, und wenn, ob sie auch tatsächlich die erhoffte Wirkung zeigen. Sie stimmen mit Ramaphosas' eigener Einschätzung überein, dass das bisher Veranlasste längst nicht genug war.

Aber sie erkennen in den jetzt benannten konkreten Ansätzen auch noch nicht den erhofften Durchbruch. Vor allem wird bezweifelt, ob der Zuma-Flügel und die radikale politische Opposition (Economic Freedom Fighters) sowie die Gewerkschaften die einschneidenden Maßnahmen etwa bei einer drastischen Reduzierung der Personalkosten im öffentlichen Dienst und bei den Einschnitten in soziale Versorgung ohne besonderen Widerstand geschehen lassen oder gar konstruktiv mitgestalten. Die ersten Reaktionen in diesen Tagen nach der Haushaltsrede lassen nichts Gutes ahnen. Auch die vorgestellten Pläne zur Restrukturierung der strategisch wichtigen staatlichen Unternehmen, ESKOM, SAA etc. klingen plausibel, werden aber auch von der südafrikanischen Presse und von skeptischen Beobachtern außerhalb des Landes als eher halbherzig oder - mit Blick auf die beabsichtigten weiteren Subventionen - gar als strategisch fragwürdig bewertet.

Die Ausgangslage im Februar 2020

Die folgenden Auszüge aus der Präsentation der National Treasury zum Budgetentwurf (hier) machen deutlich: Südafrika hat zwar noch eine relativ stabile Inflationsrate, aber alle anderen Eckdaten bieten in ihrer mittel- und längerfristigen Vorausschau keine bzw. nur sehr geringe Aussichten auf ein Ende der Krise der Staatsfinanzen.

	2016/17	2017/18	2018/19	2019/20	2020/21	2021/22	2022/23
R billion/percentage of GDP	2010/17	Outcome	2010,15	Revised estimate	Medium-term esti		
Revenue	1 285.6	1 351.4	1 445.4	1 517.0	1 583.9	1 682.8	1 791.3
	29.1%	28.8%	29.4%	29.4%	29.2%	29.2%	29.2%
Expenditure	1 442.6	1 541.9	1 642.8	1 843.5	1 954.4	2 040.3	2 141.0
	32.6%	32.8%	33.4%	35.7%	36.0%	35.4%	34.9%
Non-interest expenditure	1 286.0	1 368.9	1 450.6	1 628.5	1 715.0	1 771.6	1 840.3
	29.1%	29.1%	29.5%	31.6%	31.6%	30.8%	30.0%
Budget balance	-157.0	-190.5	-197.4	-326.6	-370.5	-357.5	-349.7
	-3.6%	-4.1%	-4.0%	-6.3%	-6.8%	-6.2%	-5.7%

71.6 69.1 Per cent of GDI 2022/23 2020/21 2021/22 Table 1.1 Macroeconomic outlook - summary

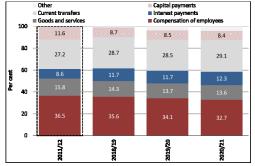
-2020 Budget

Figure 1.1 Gross debt-to-GDP outlook

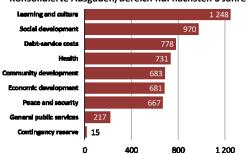
-2019 Budget

	2019	2020	2021	2022
Real percentage growth	Estimate		Forecast	
Household consumption	1.1	1.1	1.3	1.6
Gross fixed-capital formation	-0.4	0.2	1.3	1.9
Exports	-2.1	2.3	2.6	2.8
Imports	0.2	1.8	2.5	2.8
Real GDP growth	0.3	0.9	1.3	1.6
Consumer price index (CPI) inflation	4.1	4.5	4.6	4.6
Current account balance (% of GDP)	-3.4	-3.4	-3.5	-3.7

Zusammensetzung der Haushaltsausgaben (in Prozent)



Konsolidierte Ausgaben/Bereich f.d. nächsten 3 Jahre



die Sicherungen greifen, sind jedoch denkbar schwach. Der Präsident hat auf fünf Bereiche verwiesen, in denen die von ihm seit Amtsantritt ge-

Die Voraussetzungen dafür, dass diese Botschaft Wirkung zeigt und

forderten Bündnisse ("Compacts") erreicht wurden:

Ausgabe März 2020

Die politische Botschaft des Präsidenten und die Realität des Staatshaushaltes

"Die größte Stärke unserer konstitutionellen Demokratie und der Grund dafür, dass sie Bestand hat, liegt darin, dass wir in der Lage waren, breit angelegte Koalitionen und soziale Bündnisse zu schmieden, sei es mit den Wirtschaft, den Arbeitnehmern, spezifischen Interessengruppen oder der Zivilgesellschaft im weiteren Sinne" (SONA, Präsident Cyril Ramaphosa, 13.2.2020, Parlament/Kapstadt)



Cvril Ramaphosa vermittelt die klare Botschaft: Wir stehen an einem Abgrund und können nur gemeinsam den Absturz vermeiden. Als Regierung sind wir allein, und bei der derzeitigen Situation unserer Staatsfinanzen und des öffentlichen Dienstes schon gar nicht in der Lage, den Sturz zu vermeiden. Die wichtigsten Absicherungen liegen vielmehr in einem von der Privatwirtschaft generierten raschen, kontinuierlichen und nachhaltigen Wachstum der Wirtschaft sowie im Bemühen aller gesellschaftlichen Kräfte, den inneren Zusammenhalt zu stärken und bei der Entwicklung des Landes niemanden zurückzulassen.

Beschäftigungsgipfel, Bündnisse gegen Gewalt gegen Frauen, für Masterpläne zur Entwicklung von Industrien mit Wachstumspotenzial, für ein Distrikt-Entwicklungsmodell sowie nicht näher spezifizierte soziale Bündnisse.

"Ohne Wachstum wird es keine Arbeitsplätze geben, und ohne Arbeitsplätze wird es keine bedeutende Verbesserung im Leben unseres Volkes geben. In dieser Rede zur Lage der Nation geht es daher um inklusives Wachstum." (Cyril Ramaphosa, SONA, 13.2.2020)

Grenzen des Machbaren – Prüfsteine für eine zukunftsfähige Entwicklung.....



In der Haushaltsrede von Finanzminister Tito Mboweni wurde aber deutlich, dass die staatlichen Beiträge zur Anschubfinanzierung von wirksamen Maßnahmen aus diesen Vereinbarungen eher bescheiden sind, denn die Spielräume für Investitionen sind mit 8,4 % des Budgets denkbar gering. Zudem kündigte er Kürzungen von nicht-zinsgebundenen Programmausgaben im Umfang von R100 Mrd. an. Sie setzen sich aus der Kürzung nicht-gebundener Zuschüsse an Provinzen und Gemeinden im Umfang von rd. R60 Mrd sowie aus Abstrichen bei staatlichen Investitionen mit Beschäftigungseffekten zusammen, z.B. im Bereich des Wohnungsbaus und der kommunalen Infrastruktur um rd. R17,4 Mrd., beim öffentlichen Nahverkehr um R13,2 Mrd. sowie im Bildungs- und Gesundheitswesen um rd. R9 Mrd..

Auch der Beschäftigungspakt und die Jugendinitiative des Präsidenten haben zwar durchaus Erfolge erzielt, aber noch nicht zu einem Durchbruch geführt. So mutet die Schaffung von 175.000 Dauerarbeitsplätzen, 21.000 Praktika und rd. 60.000 Kurzarbeitsplätzen angesichts der Feststellung, dass 8,2 Mio. Jugendliche derzeit nicht in der Schule, im Beruf oder in der Ausbildung sind, als ein eher bescheidenes Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen von Staat und Wirtschaft an.

Ein weiterer und außerordentlich schwieriger Prüfstein für die Wirkung des Appells des Präsidenten an gemeinsame Anstrengungen zur Überwindung der andauernden Krise der Staatsfinanzen sind angekündigte Deckelungen der Personalkosten des öffentlichen Dienstes. Diese machen im laufenden Haushaltsjahr rd. 34 % der Gesamtausgaben aus und sollen nun durch Einsparungen i.H.v. von rd. R38 Mrd. im Haushaltsjahr 2020/21 auf 32,7 % abgesenkt werden. Das Einsparziel liegt lt. Mboweni bei R160 Mrd. über drei Jahre.

"Es geht um die entscheidenden Maßnahmen, die wir in diesem Jahr ergreifen, um einen leistungsfähigen Staat aufzubauen..... Wir widmen uns wichtigen Bereichen des Wachstums. Und wir stellen sicher, dass die Regierung bei Planung und Umsetzung hervorragende Arbeit erbringt." (Cyril Ramaphosa, SONA, 13.2.2020)

Dieses richtige und wichtige Vorhaben kann jedoch nur gelingen, wenn es von den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes unterstützt bzw. mitgetragen wird. Dafür muss die bisherige Tradition automatischer jährlicher Gehaltssteigerungen mit einem Aufschlag auf den Inflations-Index durchbrochen werden. Die Gewerkschaften haben schon unmittelbar reagiert und weigern sich, die bestehenden Tarifverträge rund ein

Ausgabe März 2020

Jahr vor ihrem Auslaufen bereits jetzt nachzuverhandeln. Aber auch die angekündigten Kürzungen von Annehmlichkeiten für öffentlich Bedienstete wie die Bereitstellung von Smartphones, die großzügigen Tagegeld- und Reisekostenregelungen etc. bergen starkes Konfliktpotenzial. Eines ist jedenfalls klar: "Dieser Weg wird kein leichter sein".

Dabei geht es nicht nur um die konkrete Durchsetzung einzelner Vorhaben. Es gilt vielmehr, den lautstarken oppositionellen Kräften innerhalb und außerhalb des ANC, die eine Kultur der Anspruchsmentalität ("entitlement") vieler Funktionsträger auf allen staatlichen Ebenen im vergangenen Jahrzehnt propagiert und aktiv gefördert haben, entgegen zu treten. Es gilt, deutlich zu machen, dass die Selbstbedienungsmentalität einiger gegen die Interessen des Staates und der Gesellschaft gerichtet ist.

Allerdings: Drastische Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst werden die ohnehin geringe Leistungsfähigkeit des Staates weiter schwächen. Das gilt mit Blick auf begrenzte Einstellungszahlen für wachsende Aufgaben und unzureichende Ausbildung sowie für eine erwartbar weiter sinkende Motivation der Amtsträger*innen. Dabei räumen Präsident und Finanzminister übereinstimmend ein, dass nur ein starker, leistungsfähiger Staat mit ausreichendem und qualifiziertem Personal verlässliche Rahmenbedingungen für ein stabiles Wirtschaftswachstum schaffen und in wichtigen Bereichen wie Bildung, Gesundheitswesen oder Sicherheit die Daseinsvorsorge für die Menschen in Südafrika garantieren kann.

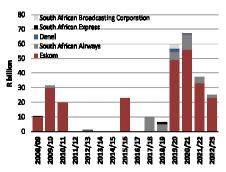
Ein Teufelskreis, der angesichts der noch langfristig anhaltend schlechten Haushaltslage kaum zu durchbrechen sein wird.

Ausgabe März 2020

.... und einige "Schrecken ohne Ende"

In einem ähnlichen und kaum zu überwindendem Teufelskreis befindet sich die südafrikanische Regierung auch mit den staatseigenen Betrieben. An der Spitze steht der völlig heruntergewirtschaftete staatliche Stromversorger ESKOM. Wegen der über viele Jahre vernachlässigten Wartung der maroden Infrastruktur bei Produktion und Verteilung von Elektrizität muss seit vielen Monaten planvoll, oft und lang Strom abgeschaltet werden ("load shedding").

Financial support provided for state-owned companies



Mit Abstand, aber klar an zweiter Stelle steht die einst gefeierte staatliche Fluglinie SAA, die zur vorläufigen Abwendung ihrer Insolvenz unter externe Zwangsverwaltung ("business rescue") gestellt werden musste.

Stromausfälle sind nicht nur einfach lästig, sondern sie betreffen unmittelbar das Leben und den Alltag der Menschen und deren Versorgung mit grundlegenden Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit, Verkehr und Kommunikation. Sie lähmen die Wirtschaft und behindern das Wachstum. Das gilt ebenso für die Schwächung oder den Ausfall einer internationalen Fluglinie, die für Südafrikas weltweite Vernetzung und den Tourismus von essentieller Bedeutung ist. In den vergangenen 12

Jahren haben diese beiden Staatsfirmen über R160 Mrd. an staatlichen Zuschüssen erhalten und im Wortsinn "verbrannt". Für den Monopolisten ESKOM gab und gibt es auch zurzeit keine Alternative für die Elektrizitätsversorgung. Diese "Systemrelevanz" – ein Begriff, den wir in der Bankenkrise gelernt haben - ist wohl der zwingende Grund dafür, dass der Finanzminister für die nächsten drei Jahre weitere R129 Mrd. - vor allem für ESKOM, aber auch für SAA – bereitstellen muss. Die Aufgabe der beiden Staatskonzerne oder ihre (Teil-)Privatisierung sind offenkundig keine realistischen Optionen, auch wenn sie betriebswirtschaftlich und fiskalisch geboten scheinen.

Nicht ausdrücklich im Zusammenhang mit den Haushaltsrisiken durch die Staatsunternehmen erwähnt, sondern von Tito Mboweni etwas versteckt im Zusammenhang mit moderaten Verbrauchssteuererhöhungen nur angedeutet, ist die Entwicklung der Verpflichtungen beim staatlichen Road Accident Fund (RAF, staatliche, über Zuschläge auf den Kraftstoffpreis finanzierte KFZ-Haftpflichtversicherung), die absehbar auf rd. R600 Mrd. Schulden im Jahr 2022/23 zusteuert – ein weiteres massives Risiko für die Entwicklung des künftigen Staatshaushalts.

"Cyril Ramaphosa hat ein großes politisches Kapital, das er nicht voll ausschöpft"

Der Raum, den *Cyril Ramaphosa* dem Thema ESKOM in seiner Rede zur Lage der Nation gegeben hat, verdeutlicht: Die Sanierung der Staatsbetriebe ist für ihn nicht nur eine zentrale politische Aufgabe. Sie ist gleichermaßen Prüfstein für die ihm zugeschriebenen Kompetenzen eines erfolgreichen Managers in Politik und Wirtschaft und eines Präsidenten, der angetreten ist, die Fehler

der Vergangenheit zu beseitigen und Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen. Am Erfolg dieses Prozesses wird sich auch die Wahrnehmung des Präsidenten als politischer Vordenker messen, der beschleunigtes wirtschaftliches und industrielles Wachstum fördern und mit dem "Übergang zu einer kohlenstoffarmen, klimaresilienten und nachhaltigen Gesellschaft" zusammenbringen will und dabei verspricht, "nieman-



den zurück zu lassen".

Ein in hohem Maße ambitioniertes Unterfangen, dessen Gelingen unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen nur unter größten Anstrengungen der gesamten südafrikanischen Gesellschaft und günstigsten Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung auf nationaler, kontinentaler und globaler Ebene möglich sein dürfte. Dafür stehen die aktuellen Signale jedoch alles andere als günstig.

Das gilt auch für die Ankündigungen des Präsidenten zur konsequenten Bekämpfung von Korruption und der Aufarbeitung der Ära der Staatsvereinnahmung. Die Haltung des Präsidenten zur Aufarbeitung der Enthüllungen von Korruption und Amtsmissbrauch u.a. durch die "Zondo-Kommission" ist ebenso klar und unmissverständlich wie ambitioniert. Dennoch: Nur eine rasche Umsetzung der für die Jahresmitte angekündigten Strategie zur Korruptionsbekämpfung sowie die ebenso

beschleunigte Realisierung der vom Finanzminister angekündigten Aufstockung des Personals der NPA (*National Prosecution Agency*) mit zusätzlichen 800 Ermittlern und 277 Staatsanwälten können verlässlich bestätigen, dass *Cyril Ramaphosa* und seine Regierung es mit dem ei-

genen Anspruch ernst meinen, die Legitimität des Staates wiederherstellen zu wollen.

Der Präsident kann sich auch hoher Aufmerksamkeit im Inund Ausland hinsichtlich seines Verhaltens in der Frage der Landreform sicher sein. Hier hat der Präsident versucht, ein wenig Klarheit in die Absichten seiner Regierung

zu bringen und Signale an verunsicherte Landeigentümer und Investoren zu senden, ohne jedoch konkret zu werden: Nach Abschluss der Parlamentsberatungen zur Änderung der Verfassung (Abschnitt 25) im Sinne der Empfehlungen der Beratungskommission zur Landreform und Landwirtschaft (*Presidential Advisory Panel on Land Reform and Agriculture*) werde die Regierung ein Gesetz vorlegen, das die Option von "Enteignungen ohne Entschädigung" im Detail regele.

Bei der Freigabe von Staatsland – in diesem Jahr sollen 700.000 Hektar verteilt werden – soll der Jugend, den Frauen, Menschen mit Behinderungen und denjenigen Vorrang gegeben werden, die auf staatlichem/kommunalem Land gewirtschaftet haben und bereit sind, ihren Betrieb für Ausbildung auszuweiten.

Eine Landzuteilung soll zudem nur an Interessenten erfolgen, die vorher eine landwirtschaftliche Ausbildung absolviert haben.

Das Prinzip "Stärken zu stärken", also nicht Schwächen durch Hilfen und Subventionen auszugleichen, sondern vor allem diejenigen materiell

Mzukisi Qob, designierter Leiter der Wits School of Governance kommentiert im *Business Day* am 29.2.2020:

"Cyril Ramaphosa hat ein großes politisches Kapital, das er nicht voll ausschöpft

Der wichtige Hebel der Staatskunst zur Erzielung von Ergebnissen in einer demokratischen Gesellschaft ist für Präsident Cyril Ramaphosa, entschlossen zu handeln und die Aufgaben zu erledigen. Er muss sich seiner Macht und Autorität bewusst und fähig sein, die politische Stimmung zu lesen, und einen starken Drang zu entschlossenem Handeln vermitteln.

Regierungschefs, die durch Krisen führen, müssen für ihr wirksames Handeln den Zweck und den Gebrauch von Macht begreifen. Sie können durch kluges politisches Management und zentralisierte Entscheidungsprozesse eine Menge erreichen. Sie sollten sich auf das Erreichen von Ergebnissen konzentrieren, statt auf lange Konsultationsprozesse, wie es in Südafrika geschieht.

Der Aufbau von Fähigkeiten ist der Schlüssel zur Wiederbelebung des Staates und höherer Leistung. Ausgangspunkt dabei ist die Stärkung des Managements der Regierungszentrale."

zu unterstützen, die eigenes Potenzial einbringen, ist auch die Grundlage für das neue Distrikt-Entwicklungsmodell, das der Präsident bereits Ende 2019 vorgestellt hatte und dem nun nach erfolgreicher Erprobung in drei Modelldistrikten weitere 23 folgen sollen.

......und der Finanzminister ist gut für Überraschungen!

Tito Mboweni hatte einige Überraschungen für seine Rede vorbereitet......

Ob allerdings die "gute Nachricht", dass die "Preise für Hirsebier nicht steigen" die Ankündigungen zu Einschnitten bei den Staatsausgaben und dabei vor allem bei den Gehältern für den öffentlichen Dienst gemildert haben, ist nicht überliefert. Allerdings hat *Mboweni* entgegen

Ausgabe März 2020

den Vermutungen vor seiner Rede und zur Überraschung vieler keine massiven Steuererhöhungen angekündigt und im Ergebnis auch keine Austeritätspolitik eingeführt – noch nicht, wie einige Beobachter es sehen.

Lediglich bei Verbrauchssteuern zu Alkohol und Tabak wurden unmittelbar mit seiner Ankündigung einige Erhöhungen wirksam – zusätzlich auch bei der Treibstoffabgabe wegen der Situation beim Road Accident Fund – s.o. - (R0,25/Liter) und – aus Umweltschutzgründen - bei der ausufernden Masse von Plastiktüten (R0,25/Tüte).

Bei der Einkommensteuer gibt es dagegen sogar Nachlässe, wenn auch für den Einzelnen in relativ geringem Umfang. So werden im Jahr Verdienste von R460.000 mit R3400 weniger und Einkommen von R265.000 mit R1.500 weniger Steuer belastet. Zudem wurde eine Erhöhung von Sozialleistungen – ebenfalls um geringe Beträge von R20 bis R80/Monat für Ältere, Pflegebedürftige, Kriegsveteranen, Pflegefamilien und Kindergeld - angekündigt.



Die größeren Überraschungen betreffen jedoch die Gründung einer – nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen agierenden – Staatsbank sowie die Einrichtung eines Unabhängigen Vermögensfonds (South African Sovereign Wealth Fund).

Dieser Fonds soll mit einem zunächst angestrebten Kapital in Höhe von R30 Mrd. ausgestattet werden und

Unwägbarkeiten für die wirtschaftli- Agentur, o

sich aus Erlösen von Frequenz-Lizenzvergaben, Lizenzen für die Förderung von Erdöl, Gas und Minera-

lien, Verkauf von Staatsvermögen und "künftigen Haushaltsüberschüssen" speisen. Die Hinweise des Finanzministers auf die Ausstat-

"Mbowenis Haushalt 2020 zielt darauf ab, die Wirtschaft aus einer Spirale der Schulden zu führen. Der Erfolg erfordert das Engagement seiner Kabinettskollegen und der Gewerkschaften des öffentlichen Sektors. Das ist kein Sparhaushalt. Aber alles deutet darauf hin, dass in Zukunft Sparhaushalte aufgezwungen werden müssen, und das wäre katastrophal für Arbeitslosigkeit und Armut." Miriam Altman ist Mitglied der National Planning Commission Südafrika – sie war Leiterin der Strategieabteilung TELKOM und ehem. Mitglied des Vorstands des HSRC (Human Sciences Research Council)

tung der Staatsbank und die von ihr zu beachtenden Regeln für die Finanzierung von Investitionen und zur Kreditvergabe, aber weit mehr noch die Begründung für den Vermögensfonds, mutet vor dem Hintergrund der Situationsanalyse der Staatsfinanzen mindestens "ehrgeizig" an. Zudem drängt sich erfahrenen Haushältern ein wenig die Vermutung auf, als solle hier ein Sondervermögen geschaften werden, das eine Bewirtschaftung der Einnahmen und Ausgaben außerhalb des parlamentarischen Verfahrens ermöglicht.

Fazit: Es wird wohl noch schlimmer kommen, bevor es besser werden kann

Cyril Ramaphosa und Tito Mboweni haben ihre Reden zu einem Zeitpunkt vorbereitet, zu dem die jetzt immer deutlicher werdende Corona-Virus-Pandemie nur als "entfernte Möglichkeit" diskutiert wurde. Die inzwischen eingetretene Wirklichkeit lässt fürchten, dass diese Pandemie mit großer Wahrscheinlichkeit massive Einflüsse auf die weltwirtschaftliche Entwicklung haben wird. Davon bleibt auch Südafrika nicht verschont. Die bei den Redevorbereitungen bekannten tendenziell negativen Rahmenbedingungen und

Unwägbarkeiten für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Südafrikas, die wir in der vorstehenden Ana-

> lyse nur streifen konnten, werden sich unter diesen Umständen noch weiter verstärken. Für das Land, aber auch für die Regierung von Cyril Ramaphosa wird es somit noch schwieriger, den Menschen mit größtmöglicher

Offenheit den Ernst der Lage zu verdeutlichen und sie dafür zu gewinnen, noch eine weitere und womöglich noch längere Strecke zurücklegen zu müssen, bevor ein Aufwärtstrend erkennbar wird.

"Südafrika scheint an einem entscheidenden Wendepunkt angelangt zu sein. Tage nach der Haushaltsrede von Finanzminister Tito Mboweni eröffnete Präsident Ramaphosa den Koordinierungsrat des Präsidenten in Tshwane mit der Feststellung, dass "viele der Herausforderungen, vor denen wir stehen, von uns selbst gemacht werden". Statt eines Sparhaushalts hatte Mboweni einen überraschenden, wachstumsfördernden Haushalt vorgelegt, und es ist klar, dass die Regierung nun eine Reihe von Maßnahmen in Betracht zieht, die bisher für das Regierungsbündnis undenkbar waren, darunter der Verkauf einiger Eskom-Kraftwerke. Schlägt Ramaphosa endlich ein neues Kapitel auf? Die Untersuchungskommission für die Vereinnahmung des Staates macht gute Fortschritte bei der Aufdeckung vergangener Exzesse und die Nationale Anklagebehörde wird finanziell ausgestattet. Südafrika braucht nun auch eine feste wirtschaftliche Grundlage. Der Haushalt ist ein wichtiger erster Schritt in dieser Hinsicht." Jakkie Cilliers ist Gründer des Think Tanks ,Institute for Security Studies', Wissenschaftler und Autor sowie außerordentlicher Professor an der Universität Pretoria

Die Hoffnung auf eine positive Beurteilung der angekündigten Maßnahmen zur Konsolidierung der Staatsfinanzen und zur Anregung von Wirtschaftswachstum durch die Rating-Agenturen – Moody's als bislang einzige noch moderat urteilende

Agentur, die Südafrikas Weg wohlwollend begleitet hat, stellt ihre Einstufung für den 27. März in Aussicht – ist ja nur die eine, wenn auch für die Finanzinstitute und die Wirtschaft entscheidende Seite.

Ausgabe März 2020

Mindestens ebenso entscheidend ist aber, ob es tatsächlich gelingt, den guten Absichten sichtbare Taten und klare Trends folgen zu lassen, die zumindest mittelfristig Besserung versprechen. Nur so können Geduld und Bereitschaft der Menschen eingeworben werden, die Lasten der Krise weiter zu tragen. Dies ist auch eine entscheidende Frage für den Zusammenhalt der Gesellschaft und den inneren Frieden in Südafrika.

Die Debatte darüber wird nun im Parlament, zwischen den Sozialpartnern und in der breiten südafrikanischen Öffentlichkeit geführt. Ihr Ver-

lauf und ihre Ergebnisse werden zeigen, ob es Präsident *Ramaphosa* und seinen Unterstützern in Regierung, Parlament und Partei gelingt, die Perspektiven von "Ernüchterung" auf "begründete Hoffnung" zu ändern.

Aus unserer Sicht als Freunde Südafrikas können wir nur wünschen, dass die Menschen im Land am Kap und die Verantwortlichen in der Regierung mit diesem Prozess nicht allein gelassen werden. Mit ihrem Besuch Südafrikas hat die Bundeskanzlerin Anfang Februar noch einmal verdeutlicht, wie wichtig Südafrika

auch für Deutschland ist (s. Kurzbericht unten). Ihre Zusage, dass wir helfen, wo und wie wir können, ist alle Anstrengungen einer umfassenden Umsetzung wert.

Was noch wichtig war:

Bundeskanzlerin Angela Merkel besuchte Südafrika

Auf ihrer Reise ins südliche Afrika hat Bundeskanzlerin *Angela Merkel* am 5. und 6. Februar 2020 Südafrika besucht und wurde dort von Präsident *Cyril Ramaphosa* mit allen Ehren und sehr herzlich empfangen.



Merkel wünschte dem Präsidenten "eine glückliche Hand" – nicht nur für die schwierigen Aufgaben im eigenen Land, sondern für den Vorsitz der Afrikanischen Union.

Mit den Worten "Wir alle wissen: Entwicklung kann nur gelingen, wenn es Sicherheit gibt. Und Sicherheit wird es nur geben, wenn es Entwicklung gibt." lenkte die Kanzlerin das Augenmerk auf die in vielen Teilen Afrikas verschlechterte Sicherheitslage. Präsident Ramaphosa, der den zweiten Besuch der deutschen Bundeskanzlerin nach 2007 sehr begrüßte, nannte Deutschland "einen der strategischsten Partner Südafrikas". Man erhoffe sich Unterstützung bei der dringend notwendigen Steigerung des Wirtschaftswachstums und bei der Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit. "Wir wollen Sie unterstützen, wo immer wir können" bekräftigte Angela Merkel ihr besonderes Interesse an einer Stabilisierung des Landes und am Erfolg der von Ramaphosa energisch vorangetriebenen Reformen.

Sie wurde von einer hochrangigen Wirtschaftsdelegation begleitet und besuchte u.a. die Produktion und die Ausbildungsstätte des BMW-Werks nahe Pretoria.

Matthias Boddenberg, Chief Executive, Deutsche Industrie- und Handelskammer für das südliche Afrika, zu den Ergebnissen des Besuchs der Kanzlerin:

"Bei den Wirtschaftsthemen standen bei der Wirtschaftsrunde am 6. Februar mit der begleitenden Wirtschaftsdelegation, sowie Vertretern der südafrikanischen und deutschen Unternehmen in Südafrika, drei Bereiche der Kooperation im Vordergrund.

Energie:

Die Krisensituation bei dem staatseigenen Elektrizitätserzeuger ESKOM trifft Unternehmen in vielfältiger Hinsicht. Die Unterbrechung der Stromversorgung durch geplante und ungeplante Wartungsarbeiten führt zu Ausfällen in der Produktion, erhöhten Arbeitskosten und Lieferschwierigkeiten. Besonders kleine und mittlere Firmen sind hierdurch getroffen, da sie nur zum Teil über Generatoren verfügen, deren Betrieb mit Diesel sehr teuer ist.

Deutsche und südafrikanische Unternehmen wollen bei der Bewältigung dieser Situation zusammenarbeiten. Das Thema, wie auch der Einsatz von Strom aus Erneuerbaren Quellen, wird bei der bevorstehenden Bi-Nationalen Kommission (BNK) weiter vertieft werden.

"Broad Based Black Economic Empowerment" – BBE, das Vertreter mittelständischer Unternehmen ansprachen. Insbesondere ging es um Herausforderungen bei der praktischen Implementierung der Regeln.

Schliesslich wurde das Thema der praxisnahen und dualen Berufsausbildung nach deutschem Muster diskutiert. Die Kooperation zwischen Staatlichen Stellen, Unternehmen und Schulen, insbesondere Berufsschulen, ist von ausschlaggebender Bedeutung. Die Diskussion wird bei der Binationalen Kommission weitergeführt und die praktische Implementierung des zuvor unterzeichneten "Compacts zur beruflichen Bildung" vereinbart".

Konkret wurde eine weitere Unterstützung bei der dualen Berufsbildung zugesagt sowie eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Erneuerbaren Energien, der Erfahrungsaustausch bei der Bewältigung des Strukturwandels nach einem Kohleausstieg sowie zu gemeinsamen Initiativen zur Bekämpfung des Klimawandels verabredet.

Die Binationale Kommission wird dazu im März unter Leitung der Außenminister beider Länder konkrete Maßnahmen vereinbaren. Ausgabe März 2020

Aber auch im internationalen Kontext hatten der Präsident und die Kanzlerin ausreichend Gesprächsstoff. Beide Länder sind z.Zt. parallel als nicht-ständige Mitglieder im UN-Sicherheitsrat vertreten und arbeiten als Mitglieder der G20 und im "Compact with Africa" zusammen.

Im II. Halbjahr werden Südafrika als diesjähriges Vorsitzland der AU und Deutschland mit Ratspräsidentschaft der EU gemeinsam den wichtigen Afrika-/Europa-Gipfel im Oktober vorbereiten und moderieren. Aktuell standen jedoch Fragen zur Lösung von Problemen in Regionen wie Libyen auf der Tagesordnung, die – so *Merkel* – "ohne den afrikanischen Sachverstand" nicht zu lösen seien.



Foto: Bundesregierung/Steins

Hinweis: Der Persönliche Afrikabeauftragte der Bundeskanzlerin, Günter Nooke, wird auf Einladung von DeSaFor am 24.3.2020 im Rahmen eines Mittagsgesprächs (begrenzte Teilnahme) seine Einschätzungen über die Zukunft der bilateralen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern im Lichte des Besuchs der Kanzlerin vermitteln.

Die Einladungen dazu sind bereits versandt worden; es sind noch wenige Plätze verfügbar.

Ausgabe März 2020

AU Vorsitz Südafrika

Turnusmäßig hat Südafrika Anfang Februar den Vorsitz in der Afrikanischen Union übernommen. Sie war 2002 in Durban/Südafrika als Nachfolgeorganisation der Organisation Afrikanischer Staaten gegründet worden und hat an ihrem Hauptsitz in Addis Abeba Strukturen und Institutionen geschaffen, die denen der Europäischen Union in vielen Bereichen sehr ähnlich sind. In der wechselvollen jüngeren Geschichte der AU hat es einige Erfolge, aber auch Rückschläge gegeben.

Die Erwartungen an das auf die panafrikanische Bühne zurückgekehrte Südafrika als "Schwergewicht" unter den 54 Mitgliedstaaten sind hoch. Das ist auch eine weitere Herausforderung für Präsident *Cyril Ramaphosa*, der zuhause in Südafrika eigentlich genug zu regeln und gestalten hat.

Den Vorsitz in der AU hat Südafrika unter das ehrgeizige Motto gestellt: "Die Waffen zum Schweigen bringen" ("Silence the guns"), ein Ziel, das sich Afrikas Staatschefs 2013 schon einmal gesetzt hatten – allerdings ohne den erhofften Erfolg.



Dennoch: Der Vorsitz in der AU bietet Südafrika auch große Chancen – nicht nur als Vermittler in zahlreichen innerafrikanischen Konflikten, sondern auch als Mittler zwischen den Vereinten Nationen und dem Kontinent, deren Verhältnis zuletzt getrübt war, weil die AU sich bei den Gesprächen zur Lösung des Libyen-Konfliktes ausgeschlossen fühlte. Südafrika kann aber auch seine

Chancen wahrnehmen als Motor für die Beschleunigung großer regionaler Infrastrukturvorhaben und als Gestalter der Details der zum 1. Juli 2020 in Kraft tretenden Pan-Afrikanischen Freihandelszone (African Continental Free Trade Agreement – Af-CFTA), das die Schaffung eines großen Binnenmarktes und die Belebung wirtschaftlichen Wachstums auf dem Kontinent fördern soll.

Schließlich stehen im Oktober d.J. der AU-/EU-Gipfel und die Verhandlungen bzw. der Abschluss eines Nachfolgeabkommens für das auslaufende Abkommen von Coutonou an, das die Beziehungen zwischen den beiden Gemeinschaften regelt. Wichtige Aufgaben, die die besondere Aufmerksamkeit nicht nur Südafrikas als AU-Mitglied, sondern auch des Präsidenten persönlich fordern, wenn er die von seinem Vorgänger Jakob Zuma auch auf dem Kontinent hinterlassenen Scherben nicht nur einsammeln, sondern ein neues pan-afrikanisches Miteinander gestalten will.

Hinweise:

DeSaFor wird nach dem EU-/AU-Gipfel im Oktober im Rahmen einer größeren öffentlichen Veranstaltung das Thema der Kooperation beider Kontinente behandeln.

Das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik, Bonn (DIE) hat in diesen Tagen eine Studie zu neuen Formen der Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika vorgelegt – "How Africa and Europe can work towards a different type of relationship", die sie hier herunterladen können.

DeSaFor – Vorstand im Gespräch mit dem Botschafter Südafrikas in Deutschland



Am 25.2.2020 haben die Mitglieder des Vorstands von DeSaFor, Hans-Werner Bussmann, Peter Senft und Peter Conze sowie der Geschäftsführer Klaus Brückner den Botschafter der Republik Südafrika, S.E. Philumen *Stone Sizani* über die Entwicklungen von DeSaFor und die Vorhaben für 2020 informiert.

Der Botschafter bedankte sich noch einmal sehr herzlich für die Initiative und die Arbeit von DeSaFor, sagte auch weiterhin seine Unterstützung zu und freut sich über das rege Interesse an den Veranstaltungen des Forums.

Zum Besuch von Bundeskanzlerin Merkel in Südafrika, den er begleitet hatte, äußerte sich der Botschafter hoch zufrieden. Auch wenn die Wahrnehmung des Besuchs durch die südafrikanischen Medien der Bedeutung dieses Besuches für sein Land nicht ausreichend entsprochen habe, so bleibe doch festzustellen, dass die intensiven Gespräche zwischen der Kanzlerin und Präsident Ramaphosa sowie das Gesprächsund Besuchsprogramm der Kanzlerin und ihrer hochrangigen Delegation die Bedeutung der strategischen Partnerschaft beider Länder unterstrichen habe. Zudem habe ungewöhnlich ausführlich Gelegenheit zum direkten Austausch der beiden Regierungschefs zu gemeinsam interessierenden Fragen im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft im UN-

Ausgabe März 2020

Sicherheitsrat und bei den G20 sowie mit Blick auf die wichtigen Fragen, die Südafrika als AU-Vorsitzland und Deutschland mit der EU-Ratspräsidentschaft im II. Halbjahr 2020 gemeinsam zu moderieren hätten.

Deutschland habe mit dem Besuch der Kanzlerin Südafrika dabei unterstützt, wieder in den Fokus internationaler Aufmerksamkeit zu kommen; dafür sei er dankbar ("grateful for shining light on us").

Veranstaltungsvorschau DeSaFor - die nächsten Termine

(unter dem generellen Vorbehalt kurzfristiger Änderungen mit Blick auf die Ausbreitung des Corona-Virus)

24. März 2020 Mittagsgespräch mit Günter Nooke,

Persönlicher Afrikabeauftragter der Bundeskanzlerin

"Die südafrikanisch-deutschen Beziehungen im Licht des Besuchs der Bundeskanzlerin in Südafrika" (begrenzte Teilnehmerzahl – Einladung mit Anmeldemöglichkeit ist erfolgt)

25. März 2020 Hintergrundgespräch zur Pan-Afrikanischen Freihandelszone mit dem DIHK

(Teilnahme nur auf besondere Einladung möglich – bitte melden Sie sich bei Interesse recht-

zeitig unter info@desafor.de)

April geplant: Informationsgespräch über die Ergebnisse der Sitzung der Binationalen Kommis-

sion (noch ohne Termin / Format)

14. Mai 2020 "Zukunftsszenarien für Südafrika"

Öffentliche Veranstaltung in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung

Buchvorstellung und Diskussion mit Jakkie Cilliers, Institute for Security Studies (ISS)

In Verbindung mit

1. Mitgliederversammmlung von DeSaFor (Einladung und Tagesordnung folgen)

Ende Mai Mittagsgespräch mit dem Deutschen Botschafter in Südafrika, Herrn Martin Schäfer

(begrenzte Teilnehmerzahl – Termin und Einladung folgen)

In Planung – noch ohne Termine - sind derzeit weitere Veranstaltungen u.a. zu (Arbeitstitel):

- "Migration Chancen und Herausforderungen für offene Gesellschaften am Beispiel Südafrikas und Deutschlands"
- "EU unter deutscher Ratspräsidentschaft; AU unter südafrikanischem Vorsitz Perspektiven für eine gute Nachbarschaft"

Ausgabe März 2020

Zu guter Letzt:

Hinweise und Nachrichten aus dem Kreis der Freunde Südafrikas und des südlichen Afrika

(Bitte beachten Sie, das für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben die betreffenden Organisationen verantwortlich sind.)

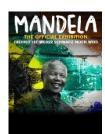
Denis Goldberg Legay Foundation – "House of Hope" in Kapstadt

In unserem Newsletter August/2019 haben wir ein ausführliches Interview mit Denis Goldberg, dem Freiheitskämpfer und Weggefährten Nelson Mandelas, veröffentlicht. Dort wurde auch über das Projekt "House of Hope" in Houtbay/Kapstadt berichtet, das der schwer erkrankte Denis Goldberg gerne noch entstehen sehen würde.

Nach der Überwindung einiger bürokratischer Hindernisse konnten er und viele, die ihn bei der Verwirklichung des Projekts unterstützen, am 13. Februar 2020 die offizielle Eröffnung des Projekts feiern.

Falls Sie Interesse an dem Projekt haben oder es unterstützen wollen, erhalten Sie Informationen bei der deutschen Vertretung der "Denis Goldberg Legacy Foundation", dem Verein EXILE Kulturkoordination e.V., Essen – www.exile-ev.de

"Mandela – The official exhibition" - nur noch bis zum 15. März 2020



Seit dem 19. Oktober 2019 kann im "Bikini Berlin" – Nahe Bahnhof Zoo / Zoologischer Garten – die Ausstellung "Mandela – The

official exhibition" besichtigt werden. Tickets gibt es ab 8,50 € auch online.

Wir möchten Sie auf diese Ausstellung aufmerksam machen; Details finden Sie hier.

Bitte beachten Sie, dass die Ausstellung nur noch bis zum **15. März 2020** geöffnet ist.

Initiative für das Südliche Afrika (INISA) e.V.

INISA hat uns gebeten, Ihnen folgenden Hinweis auf ein Wochenendseminar in Würzburg zu vermitteln:

In Kooperation mit der Akademie Frankenwarte lädt die INISA herzlich ein zum Wochenendseminar:

Klimawandel im südlichen Afrika – lokale Herausforderungen einer globalen Krise

29. Mai bis 31. Mai 2020 in Würzburg

Das südliche Afrika ist besonders stark von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen, obwohl es nur einen geringen Anteil an den globalen Emissionen von Treibhausgasen verursacht hat.

Wir untersuchen, welche Folgen der Klimawandel für die Bevölkerung und sozialen und ökonomischen Entwicklungspfade der Region generiert. Zudem soll dargestellt werden, welche Handlungsmöglichkeiten den Gesellschaften des südlichen Afrikas zur Adaption und Folgenminderung zur Verfügung stehen – und wie weit diese wahrgenommen werden.

Die Anmeldung erfolgt über die Homepage der Akademie Frankenwarte https://www.frankenwarte.de/unser-bildungsangebot/veranstaltung.html?id=1026.